

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

29.6.1861 (No. 151)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 29. Juni.

N. 151.

1861.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Preitzelle oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Unsere auswärtigen H. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnirungen bei den groß. Postexpeditionen mit Ende dieses Monats ablaufen. Wir ersuchen deshalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldmöglichst bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnirungspreis beträgt, die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpostbezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 kr., und halbjährlich 4 fl. 8 kr., in allen anderen Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 kr., halbjährlich 4 fl. 45 kr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franko den H. Abonnenten zuzustellen sind.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 28. Juni.

I. Ordensverleihungen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 29. April d. J. gnädigst bewogen gefunden:
dem Directeur général des chemins de fer et des ponts et chaussées, Conseiller d'Etat, de Franqueville, das Kommandeurekreuz erster Klasse mit dem Stern,
den Chefs de division à la direction des chemins de fer P. Tournoux und Delorme, sowie
dem Administrateur du chemin de fer de l'Est, Directeur général de la monnaie, Propriétaire de l'établissement de Grafsenloden, Baron Renouard de Bussières, das Kommandeurekreuz zweiter Klasse,
dem Inspecteur des postes du département du Haut-Rhin, Blumstein,
dem Directeur de la compagnie de l'Est, Ingénieur en chef des mines, Sawage,
dem Ingénieur en chef de la compagnie de l'Est, Vuigner, sowie
dem Directeur de l'exploitation, Jacquin,
das Ritterkreuz mit Eichenlaub,
dem Auditeur au Conseil d'Etat et Secrétaire particulier du Ministre, Gustave Rouher, und
dem Agent commercial de la compagnie de l'Est, Fievel,
das Ritterkreuz des Ordens vom Jahning Löwen zu verleihen.

II. Dienstaufzeichnungen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 21. Juni d. J. allergnädigst bewogen gefunden:
den Geheimen Regierungsrath Schmitt in Mannheim, seinem unterthänigen Ansuchen gemäß, wegen vorgerückten Lebensalters und Kränklichkeit, unter Verleihung des Charakters als Geheimrath dritter Klasse, in den Ruhestand zu versetzen;
den Hofgerichts-Rath Dr. Puchelt bei dem Hofgerichte des Mittelheinkreises von der Funktion eines zweiten Stellvertreters des Staatsanwalts bei diesem Gerichtshofe zu entbinden, und
den Hofgerichts-Assessor Jungmanns bei dem genannten Hofgerichte zum zweiten Stellvertreter des Staatsanwalts dafelbst zu ernennen;
dem Amtsgerichts- und Amtsassistenten Dr. Stephan in Mannheim die Staatsdiener-Eigenschaft zu verleihen.
Der von der fürstlich Leiningen'schen Standes- und Patronats-herrschaft erfolgten Präsentation des Diaconus und Vorstandes der höhern Bürgerschule zu Eppingen, Gustav Ripmann, auf die evangelische Stadtpfarrei Sinheim ist die kirchenobrigkeitliche Genehmigung erteilt worden.

Nicht-Amtlicher Theil.

Die deutsche Frage und das Großherzogthum Baden.

Unter obigem Titel bringen die „Stimmen der Zeit“, Organ des weiland ultrademokratischen, jetzt ultragroßdeutschen Hrn. Kolatschek, einen Aufsatz, von welchem sie sich außerordentlichen Effekt zu versprechen scheinen; die betreffende Nummer wird als „Probenummer“ duzendweise vertheilt. Und um die Ultras voll zu machen, haben die Ultramontanen

in ihrem Hauptverlag (bei Herder in Freiburg) das seine Stück Arbeit besonders abdrucken lassen. Wenn jetzt nicht „das badijsche Volk seinen Protest erhebt“ gegen die Richtung der gegenwärtigen Regierung, dann — haben engherziger Particularismus und Ultramontanismus bei uns für immer Fiasco gemacht. So ist es wirklich, können wir dem Hrn. Kolatschek versichern.

Unser Gegner ist selbst bei milder Kritik der Art, daß man nicht gerne mit ihm streitet. Wenn ihm aber die „Postzeitung“ nachdrückt, wenn das Augsburger Organ für „Fürsten und Staatsmänner“ dieselben Theorien, nur umhüllt mit mancherlei nebelhaften Phrasen, wenn unser Nachbar, der „Staatsanzeiger für Württemberg“, von Darmstadt aus sekundirt, eben dieselben sans phrase vorträgt, wenn die verderblichste aller unserer Parteien, die ultramontane, sie sich aneignet, so scheint uns eine kurze Abwehr doch geboten.

Daß die Ultramontanen, vaterlandslose Fanatiker, die Berewigung deutscher Zersplitterung und Dnamacht um jeden Preis wünschen und antreiben, begeißt sich und trägt sich leicht. Das bisherige Fundament des Systems, die Geheiltheit Italiens, scheint unwiederbringlich zerstört; da es zu seinem Schemel nicht des katholischen Glaubens, der anderwärts einheitslicher besteht als bei uns, sondern der Dnamacht der Völker bedarf, sucht es begreiflich, wenn auch traurig genug, seine Stütze in unserm deutschem Vaterland, dessen himmlische Verfassung ihm allein in Europa Anstich zu eröffnen scheint. Das Nöthigen ihr System höher stellt, als Deutschlands Ehre und Größe, machen wir dieser Klasse von Menschen nicht einmal zu einem besondern Vorwurf.

Trauriger ist es, solche Parteien, welche sich Deutsche nennen, die gleichen Wege verfolgen zu sehen. Das Bedürfnis nach stärkerer Einigung in klarer staatlicher Form ist nachgerade so allgemein und so deutlich erkannt, daß die Gegner klug genug sind, es nicht mehr offen zu bestreiten. Nicht mehr um die Erkennung Dessen, was noch thut, handelt es sich, sondern um den Opfermuth, das als notwendig Erkannnte zu thun. Und was ist das letzte Hilfsmittel der Gegner, die diesen Muth nicht haben, das Opfer nicht bringen wollen? Eine offenbare Unwahrscheinlichkeit und eine dem Verrath nahe kommende Drohung.

Baden wolle seine Souveränität an Preußen übertragen, so lautet die wesentlich falsche Anklage. Wir wollen die Gegner nicht fragen, durch welchen Schritt unserer Regierung sie ihre dreiste Behauptung belegen können; wir wollen die Thorheit nicht hervorheben, welche darin gelegen ist, derjenigen Regierung, welche zur Zeit in Deutschland unzweifelhaft die produktivste und am lebendigsten von politischen Bewußtsein durchdrungen ist, zuzutrauen, ihr letztes Streben sei auf ihre eigene Mediatisirung gerichtet; die unzweifelhaften Thaten unserer Regierung beweisen das Gegenheil Dessen, was ihr vorgeworfen wird. Der badijschen Regierung war es vorbehalten, nach langen, wahrhaft trostlosen Verhandlungen über die Oberfeldherrenfrage einen Antrag zu stellen, welcher zwar nach ihrem eigenen Zuständnis nicht genügend, aber für den Augenblick doch insofern befriedigend ist, daß er, ausgeführt wenigstens und zwar nicht zu Gunsten eines Einzelnen, sondern nur des Ganzen, die unerlässliche Konzentration unserer militärischen Kräfte bewirken würde. Und eben diese badijsche Regierung hat in der Frage der gemeinsamen deutschen Geseggebung ihre Stellung genügend präzisirt, um Jeden erkennen zu lassen, daß sie ihre und ihrer Stände konstitutionelle Rechte nicht ins Blaue hinein aufzugeben gedenkt, um nur unter dem Schyn falscher Popularität, die in politisch gleichgiltigen Dingen leichten Kaufs erworben wird, das politisch Unentbehrliche eher verjagen zu können.

Ist die Klage schlimm, mit welcher Baden der Absicht eines Separatabkommens mit Preußen bezichtigt wird, so ist noch weit schlimmer die Drohung mit Frankreich. Dieselben Blätter, welche vor zwei Jahren nicht genug der niedrigen, ganz persönlichen Schmähdungen auf den französischen Kaiser häufen konnten, welche im Interesse italienischer Zwingherrschaften von dessen Entthronung und der Krönung Heinrich's V. in Paris saßelten, weisen jetzt mit unverkennbarem Behagen auf den Schyn und Schirm hin, welchen der Particularismus bei Napoleon finden werde. Das also war des Pudels Kern in jener franzosenfresserischen Deutshümelei? Nicht der Ehre Deutschlands, sondern der Glorie des Particularismus galt es, der zunächst instinktiv im Weimari'schen System seine Stütze suchte, und nun, nachdem dasselbe zu Schanden geworden, zu seiner Beruhigung sich erinnert, daß auch die Napoleon'schen Traditionen ihm keineswegs abhold sind. Es fällt uns nicht ein, gegen solche Gesinnungen zu kämpfen; wir haben dafür nur die äußerste Verachtung.

Wir denken, es steht gut mit der nationalen Sache, wenn bereits ihre partikuläristischen Gegner nur noch im Bunde mit den ältesten Todfeinden unseres Landes Kräftigung zu finden wissen, wenn sie, die bei jeder Gelegenheit von dem zu erringenden Einfluß Deutschlands auf die europäischen Geschicke in klangerreichen Phrasen zu reden pflegen, bereits zu dem Widerspruch mit sich selbst getrieben sind, das Heil ihrer Sache nur noch von einer Einmischung Frankreichs in die deutsche alle deutschen Fragen zu erwarten.

Generalsynode.

* Karlsruhe, 27. Juni. In der heutigen Plenarsitzung schritt die Synode zur Berathung der einzelnen Abschnitte des Kirchenverfassungs-Entwurfs. Der erste Abschnitt handelt von der Kirche im Allgemeinen.

§. 1 lautet in dem Entwurf: „Die vereinigte ev.-prot. Kirche des Großherzogthums Baden ist ein Theil der evang. Kirche Deutschlands und betrachtet sich mit dieser als ein Glied der evang. Gesamtkirche. Ihr Bekenntnis findet sich in der Unionsurkunde und deren Nachträgen ausgesprochen.“ Schon in der Kommission vermehrte man hier eine Bestimmung, welche den Zusammenhang der Kirchenverfassung mit den in Beilage B. der Unionsurkunde festgestellten kirchlichen Gewalten vermittelte. Um daher allen Wünschen möglichst gerecht zu werden, änderte man den Paragraphen dahin ab: „Die vereinigte ev.-prot. Kirche des Großherzogthums Baden, welche mit der evang. Gesamtkirche Christus als ihr alleiniges Oberhaupt erkennt, bildet einen Theil der evang. Kirche Deutschlands.“ In dem zweiten Absatz wurden die Worte „und deren Nachträge“ mit „und deren gesetzlichen Erläuterungen“ vertauscht. In dieser Fassung wurde der Paragraph, nachdem mehrere formelle und materielle Vorschläge, die sich in dem Schoße der Plenarsitzung erhoben hatten, in der Minderheit geblieben waren, von einer entschiedenen Majorität angenommen.

Die §§. 2. „Sie bildet in sich selbst ein organisches Ganze, das, von seinen Urbestandtheilen ausgehend, die vereinigte Wirksamkeit derselben in immer umfassendere Kreise vereinigt. Sie hält es für ihre Aufgabe, in eine organische Verbindung mit den übrigen evang. Kirchen Deutschlands zu treten.“

3. Sie ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten durch ihre eigenen Organe frei und selbständig, unbeschadet der Rechte des Staats, wie solche durch die Staatsgesetze festgestellt sind, und

4. Der evang. Großherzog hat als Landesbischof das den evang. Fürsten Deutschlands herkömmlich zustehende Kirchenregiment und übt dasselbe nach den Bestimmungen dieser Verfassung aus.“ — wurden nach dem Antrag der Kommission ohne Diskussion unverändert angenommen.

Der zweite Abschnitt, von den Gemeinden und ihrer Vertretung, zerfällt in die Unterabteilungen: I. Die Kirchengemeinde A. Im Allgemeinen. B. Von der Kirchengemeinde-Versammlung. C. Von dem Kirchengemeinderath. II. Die Diözesangemeinde und Diözesansynode. III. Die Landesgemeinde und Generalsynode.

Im §. 5 hatte das Wort „erwartet“ bereits bei der Kommission Widerspruch gefunden. Ungeachtet man sah, daß man Pflichten nicht gesetzlich auferlegen könne, wo die physischen wie die moralischen Mittel zu ihrer Erzwingung fehlen, glaubte man doch, daß der Kirche gegenüber von ihren Gliedern mehr obliege, als eine Erwartung auszusprechen. Der Paragraph erhielt daher die Fassung: „Die vereinigte evang.-protestantische Kirche fordert von allen ihren Mitgliedern, daß sie einen christlichen Lebenswandel führen und die kirchlichen Heilmittel treu benützen.“ So nahm ihn die Synode an.

§. 6. Dieselbe besteht aus Kirchengemeinden, deren räumlicher Umfang das Kirchspiel ist“, erlitt keinerlei Veränderung.

§. 7. lautet nunmehr so: „Die bisherige örtliche Begrenzung der Kirchspiele wird beibehalten. Neubildung und Auflösung von Kirchengemeinden findet, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 114, nur mit Zustimmung der Generalsynode statt.“ Der Entwurf enthielt die Einhaltung „vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 114“ nicht. Die Mehrheit der Kommission hatte sich zu diesem Antrag veranlaßt gesehen, weil sonst leicht die Meinung entstehen konnte, als ob dem Oberkirchenrath die Neubildung und Auflösung von Kirchengemeinden überhaupt nicht gestattet sei, was insbesondere für solche Gemeinden Nachtheile mit sich führen würde, welche sich in der Diaspora neu zu bilden wünschen. Der beantragte Zusatz rief eine ziemlich lebhafte Diskussion in der Plenarsitzung hervor. Es schien nämlich bedenklich, ein so wichtiges und folgenreiches Recht, wenn auch nur provisorisch, in die Hände der Behörde zu legen; allein bei näherer Erörterung überzeugte man sich, daß man thatsächlich doch nicht anders zu Werke gehen könne, und daß die einzuholende Zustimmung der Generalsynode Bürgschaft genug gegen etwaigen Mißbrauch gebe.

§. 8. „Der dauernde Aufenthalt innerhalb des Kirchspiels begründet für jedes Mitglied der vereinigten evangelisch-protestantischen Kirche die Einparrung und damit die Theilnahme an den Pflichten und Rechten eines Gemeindeglieders“, erhielt nach dem Antrag der Kommission den Zusatz: „Darüber, was im einzelnen Falle als dauernder Aufenthalt innerhalb des Kirchspiels zu betrachten ist, entscheidet der Kirchengemeinderath, vorbehaltlich der Beschwerde an die Kirchengemeinde-Versammlung.“ Es wurden zwar einige weitere Vorschläge gemacht, z. B. der Aufenthalt solle wenigstens ein Jahr dauern, und wer einen dauernden Aufenthalt in einer Gemeinde nehmen wolle, habe diese Absicht vorher anzuzeigen;

nung durch die vorzeitige Ausgabe und Anschlag des Blattes übertritten habe; in Folge dessen er selbst die bereits ausgegebenen Exemplare wieder einsammeln ließ, was jedoch die Billigung der Postbehörde nicht hatte. Am verflochtenen Donnerstag erfolgte in Verona ein Attentat auf das Leben des Prälaten Monsignor Zinelli, weil er wiederholt seine Stimme gegen die revolutionären Umtriebe erhoben hatte. Der Mordthat traf das linke Auge, glücklicher Weise jedoch ohne weitere Folgen. Der Mörder, der sein Vorhaben verübt hat, die Flucht ergriffen. Graf Montalembert ist von Pest wieder hier eingetroffen, um nach kurzem Aufenthalt seine Rückreise über Brüssel nach Paris anzutreten. Wie uns mitgeteilt wird, benützte Graf Montalembert seinen Aufenthalt nach Ungarn, um in verschiedenen Abteien und Privatbibliotheken mehrere ältere Dokumente aufzufinden, die derselbe zu einem historischen Werke benötigen wird, an dem er eben arbeitet.

Wien, 27. Juni. (Hr. Bl.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses interpellirte der Abg. Reichbauer den Minister des Aeußern, ob und welche Schritte die Regierung in Betreff der Wiederherstellung der kirchlichen Verfassung von 1831 beabsichtige. Der Vizepräsident des Herrenhauses, Hr. v. Kraus, ist gestern Abend zu Schönbrunn gestorben.

Wien, 27. Juni. (Hr. Z.) Nach den „Neuesten Nachrichten“ darf man auf die Annahme der ungarischen Adresse hoffen. Im entgegengelegten Fall würden alle ungarischen Staatsmänner vom Staatsdienst zurücktreten. Die böhmischen Reichsraths-Abgeordneten sind telegraphisch zur Reichstagsfeier in Saffaritz nach Prag eingeladen worden.

Österreichische Monarchie.

Agram, 26. Juni. In der heutigen Landtags-Sitzung wurde die Debatte über die ungarische Unionsfrage fortgesetzt. Busic will eine den jetzigen Verhältnissen entsprechende Union und nicht die bis zum Jahr 1848 bestandene; er bringt ein Amendement zum Antrag des Zentralausschusses ein; auf Begünstigung, beziehungsweise Aenderung von Stellen, die das Vertrauen Ungarns erregen könnten. Sarcovic ist für Koaternische Antrag, befürwortet somit ein, ebenso von Ungarn als dem übrigen Österreich ganz unabhängiges, selbständiges, los durch die Person des Monarchen verbandenes dreieinigtes Königreich. Arway wünscht die Erneuerung des Bundes auf Grund der ungarischen Gesetze vom Jahr 1848 mit Vorbehalt der Revision jener, die die Autonomie des dreieinigten Königreichs verletzen. Mabic spricht sich für den Antrag des Zentralausschusses, Bogovic für jenen der Agramer Vertreter aus. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Der Landtag beschließt anlässlich der Eröffnung Ihrer Maj. der Kaiserin an Allerhöchster Stelle eine Beileidsadresse zu senden und darin den innigsten Wunsch auf baldige Genesung Ihrer Maj. Majestät auszusprechen.

Italien.

Turin, 23. Juni. Man schreibt dem „Messag. du Midi“: Gestern wurden Kossuth und Klapka von dem Minister des Innern, Hr. Minghetti, empfangen und konferirten mit demselben länger als zwei Stunden. Es wurde über die Mittel gesprochen, welche geeignet seien, die ungarische Bewegung in dem Augenblick zum Ausbruch zu bringen, wo Italien bereit sein würde, dieselbe zu unterstützen und daraus Nutzen zu ziehen.

Turin, 25. Juni. Am gestrigen Jahrestag der Schlacht von Solferino sollte der König über die in Turin garnisonirenden Truppen eine große Revue abhalten. Da er indessen verhindert wurde, so nahm der Kommandirende des 5. Armeekorps, General D. Cossata, die Revue ab und erließ einen Tagesbefehl, um daran zu erinnern, daß Italien und der König die Gewissheit haben, daß das Andenken an die vergangenen Siege die Arme antreiben wird, neue Lorbeeren zu erwerben, und daß was für die Konsolidirung der Einheit so vieler Völkerschaften noch zu geschehen habe, von ihr gethan werden müsse.

Turin, 27. Juni. Hr. Ricafoli machte der Kammer Mittheilung von den zwischen Frankreich und Italien bezüglich der Anerkennung des Königreichs gewechselten diplomatischen Noten. In der Anlehnungsdebatte hielt Joachim Pepoli eine lange Rede. Dieselbe unterliegt in ihrem politischen Theil der Regierung und enthält in ihrem finanziellen Theil kritische und Rathschläge. Galeotti und D'offorio ergriffen hierauf das Wort. Die „Opinione“ zeigt an, daß Graf Arrese, mit einer außerordentlichen Mission an den Kaiser Napoleon beauftragt, nächsten Freitag abreisen wird. Hr. Arrouy (Kabinetsekretär Cavour's) soll den Grafen begleiten.

Turin, 27. Juni. (Hr. Bl.) Die Note der französischen Regierung über die Anerkennung lautet:

Der Kaiser hat auf den Wunsch Victor Emanuel's eingewilligt, denselben als König von Italien anzuerkennen. Aber diese Anerkennung schließt keineswegs eine nachträgliche Billigung der Politik des Turiner Kabinet's in sich ein, noch ermächtigt sie Unternehmungen, welche den allgemeinen Frieden stören könnten. Die kais. Regierung betrachtet die Nichtintervention als Regel und weist jede Verantwortlichkeit für aggressive Projekte zurück. Die Okkupation Roms wird so lange dauern, bis die Interessen, welche die französischen Truppen nach Rom geführt, durch hinreichende Garantien gedeckt sind. Ministerpräsident Ricafoli dankt in seiner Note dem Kaiser für die Anerkennung. Er erinnert an sein Programm und daran, daß in den letzten Bestimmungen die Kammer den Wunsch ausgedrückt, daß die ersehnte Lösung ohne Erschütterung herbeigeführt werde. Unser Wunsch ist, Rom Italien wiederzugeben, ohne der Kirche Etwas von ihrer Größe, noch dem Papste seine Unabhängigkeit zu rauben. Er hofft, der Kaiser werde nach einiger Zeit seine Truppen von Rom zurückziehen können, ohne bei den katholischen Bevölkerung zu erregen; er überläßt es der hohen Weisheit des Kaisers, diesen Moment zu bestimmen, und hofft, Frankreich werde sich nicht weigern, Rom zur Annahme dieser Ueberkunft zu

beugen, die nur von den glücklichen und fruchtbarsten Folgen begleitet sein könne.

Rom, 20. Juni. (Röm. Ztg.) Der Herzog von Gramont hatte die Weisung, vor seiner Abreise noch einen letzten Besuch zu machen, den Papst zu einem friedlichen Abkommen mit der harten Nothwendigkeit zu bewegen. Dies ist in der Audienz von vorgestern, aber vergeblich geschehen. „Non possumus, Deus providebit“ war der Schluß der Erklärung des hl. Vaters. Von offenen Prälaten hört man, daß der Papst auch jetzt noch auf Oesterreich hoffe. Mit Ausnahme der Bistümern haben die Kapitel aller geistlichen Orden nach und nach alle ihre stehenden Besitztümer voraussichtlich hypothekirt. Es sind besonders Madrider und Lissaboner Bankiers, auch zwei Handlungshäuser in London, mit denen während der letzten Wochen lebhaft Geschäfte gemacht wurden.

Frankreich.

Paris, 26. Juni. Im Ministerium des Innern beschäftigt man sich mit einer größeren Arbeit über den Verlauf des Charakters und die Ergebnisse der Generalratswahl. Diese Wahlen und ihr Resultat machen der Regierung viel Kopfzerbrechens, fast weniger, weil sie die und da auf energischen Widerstand stieß, als daß ihre eigenen Freunde sich viel zu oft auf 1792 und 1848 beriefen. — Marschall Baryguy d'Hilliers hat Tours verlassen, um die Festungen an der Küste des Mangeldepartements zu inspizieren. Der Marschall reist im strengen Inognito. — Die Angelegenheit des Herzogs von Broglie gegen den Vizepräsidenten wegen ungeleglicher Beschlagnahme seiner Broschüre wurde auf 8 Tage verschoben; ebenso die Angelegenheit gegen Drucker und Verleger der Broschüren „crimes scandales etc. du Clerge“ und „les pe. livres de la Rue de fleurus“. — Die hier einlaufenden Nachrichten aus Rußland sind noch immer sehr ernster Natur. Die Zustände des Reichs, und namentlich das Verhalten eines großen Theils des Adels, welcher nun anfängt, Konstitutionsgelüste zu bekunden, werden als sehr bedenklich geschilbert. Der Zar selbst soll moralisch krank, niedergeschlagen und entmuthigt sein. — In Spanien nimmt nach den neuesten Berichten die Geldkrise noch immer zu. Mehr als 500 Personen — schreibt man aus Madrid — bringen die Nacht vor den Thoren der Bank zu, um des Morgens die Ersten an der Reihe zu sein und noch baar Geld zu empfangen.

Paris, 27. Juni. Das „Pays“ stellt folgende Bilanz der eben beendeten Generalratswahlen auf: Von 92 Wahlen setzten die verschiedenen Oppositionen bei der ersten Abstimmung 18 Kandidaten durch, nämlich: 3 Demokraten, 7 Legitimisten und 8 Orléanisten. Von den 45 Radikalen durch Ballotage kamen 4 auf die Opposition. — General Beauffort d'Hautpoul wurde am 20. von dem Vizekönig von Egypten zu Alexandria in Privataudienz empfangen. Der französische General gedachte vor seiner Rückkehr nach Marseille einige Tage in Egypten zu verbringen und Kairo, Suez, sowie die dortigen Kanalarbeiten zu besuchen. — Hr. Plichon, der sterilitäre Deputirte, welcher gegen den „Memor. de Ville“ gelegentlich der letzten Wahlagitatio eine Klage wegen Verleumdung eingeleitet hatte, wurde abgewiesen. — Wie man dem „Constitutionnel“ aus dem Lager von Chalons schreibt, sei viel davon die Rede, daß nächstens eine vierte Infanteriedivision im Lager ankommen soll; ob dieselbe aus Garde- oder Linientruppen bestehe, wisse man nicht. Ebenso sei davon die Rede, daß sich eine Division Kürassiere nach dem Lager von Chalons begeben werde. — 3proz. 67. 65.

Paris, 27. Juni. Graf Arrese wird morgen von Turin nach Paris abreisen, um dem Kaiser den Dank Victor Emanuel's für die Anerkennung des italienischen Königreichs zu überbringen. Anfangs nächster Woche wird Marschall Niel sodann nach Turin gehen, um die Antwort des Kaisers auf das durch den Grafen Arrese überbrachte k. Schreiben dahin zu bringen. — Wie ich Ihnen schon früher sagte, hatte die kais. Regierung anfänglich das Verlangen gestellt, die Turiner Regierung solle sich verpflichten, keinen Angriff auf Rom zu machen und jeden Angriff Anderer zu verhindern. Ricafoli beschränkte sich, wie ich erwähnte, darauf, zu erwidern, daß er keine Verpflichtung eingehen könne, die er voraussichtlich nicht zu halten im Stande sei. Dabei blieb es! — Die Angelegenheit gegen den Herzog von Broglie soll nun wirklich vor eine „haute cour“ gebracht werden. So beabsichtigt wenigstens Hr. v. Persigny. Doch ist es die Frage, ob sein demnachiger Nachfolger — und als solchen bezeichnet man heute aufs bestimmteste Hr. Villault — diese Sache nicht fallen lassen wird. — Die Prozeßhandlung gegen Mirès wurde heute abermals auf 8 Tage verschoben. — Die Reise des Kaisers nach Vichy wird (wenn sie nicht ganz unterbleibt) nicht vor dem 3. oder 5. Juli vor sich gehen. Die dahin beorderten Truppen haben Gegenbefehl erhalten. Se. Majestät befindet sich viel besser und beschäftigt sich eifrig dem Hr. Pietri jun. das „Leben Cäsar's“ zu diktiren.

Großbritannien.

London, 26. Juni. Dieser Tage starb der Lordkanzler Campbell. Wie verlautet, wird der gegenwärtige Attorney-General Sir Richard Bethell zu seinem Nachfolger ernannt werden.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Juni. (S. R.) Das Blatt „Danmark“ meldet, daß der Reichstag gleich nach seinem Zusammentritt im Anfange Oktober verlagert werden wird (indem der Reichsrath zu der Zeit zusammentreten soll).

Türkei.

Konstantinopel, 27. Juni. Der neue Sultan Abdul Aziz hat den Eid der Minister und hohen Würdenträger zu Top Capou, im alten Serail, entgegengenommen. Die vollständige Ruhe herrscht ununterbrochen in Konstantinopel.

Wie man wissen will, soll die Proklamation, welche Abdul Aziz an seine Völker gerichtet hat, eine sehr liberale sein. Sie spreche von zahlreichen Reformen, welche vorgenommen werden sollen, hauptsächlich aber auch von Finanzprojekten.

Griechenland.

Athen, 15. Juni. Der Ministerpräsident hat in der Kammer bezüglich der Ionischen Inseln folgende Erklärung abgegeben:

Die Regierung habe sich nicht in der Lage befunden, in dieser Hinsicht eine Meinung auszusprechen. Die Regierung hätte sich, ungeachtet ihrer Sympathien für die Vereinigung, nie zu Gunsten derselben ausgesprochen können, denn sie wäre davon durch ihre Gefühle, die Achtung und Dankbarkeit für eine Großmacht, die ihre Wohlthäterin ist, abgehalten worden. Der wahre Patriotismus müsse mit politischer Klugheit verbunden sein; ohne diese werde die Lösung der großen Fragen immer eine problematische sein, während ein unberechenbares Bornthum am häufigsten die beinahe unvermeidliche Konsequenz jenes Mangel an politischer Klugheit sei.

Die Kammer erklärte sich mit dieser Erklärung befriedigt.

Amerika.

Neu-York, 18. Juni. In St. Louis sind gestern mehrere Leute durch eine Abtheilung Freiwilliger erschossen worden, weil von diesen ein Kapitän durch einen heimtückischen Schlag verwundet worden war. In Missouri steht ein harter Kampf bevor. General Butler soll seine Anstalten zu einem Angriff auf Yorktown vollendet haben. Die Position der Sonderbundler bei Manassas Junction wird als unhaltbar angesehen. Auf 3 Kompagnien Bundesstruppen, die eine Rekognosirung gegen Vienna (Virginia) hin unternommen hatten, ist aus einer maskirten Batterie geschossen worden. 20 Mann wurden getödtet und verwundet, oder werden vermisst.

In Neufundland herrscht eine große Gährung. Man ist mit dem Gouverneur unzufrieden und verlangt Modifikationen des Wahlsystems.

Neueste Ueberlandpost.

Bombay, 27. Mai. Die Hungersnoth hat bedeutend nachgelassen. Leichte Urruben fanden in den Süd-West-Provinzen statt; 4 Regimenter sind verabschiedet worden.

Vermischte Nachrichten.

Karlsruhe, 28. Juni. Seit einer Woche produziert sich hier in einer großen Hufe auf dem Schloßplatze die zahlreiche Künstlergesellschaft der Frau Karl Knie's Witwe aus Wien. Ihre Leistungen verdienen und finden den allgemeinen Beifall, des meist sehr zahlreichen Publikums.

Mannheim, 28. Juni. Bei den gestrigen Gemeindevahlen, die schon lange Gegenstand hitziger Zeitungskämpfe sind, scheint es sehr lebhaft hergegangen zu sein. Wenigstens wird in einem „Eingelände“, des „Mannh. Journ.“ erzählt, daß kein Wahlberechtigter in das Rathhaus gelangen konnte, ohne von den ungebeten Belagerern der Thüre selbst bis in das Innere des Hauses auf das unangenehmste bedrängt zu werden.

Auf der rauhen Alp bis nach Göttingen herab haben Gewitter in den letzten Tagen furchtbare Verwüstungen angerichtet.

In Portugal ist der Orden der barmerzigen Schwestern unterdrückt worden.

Zürich, 25. Juni. (Dr. J.) In voriger Nacht gegen 12 Uhr ist in der Stadt Elterlein Feuer ausgebrochen, welches in Zeit von zwei Stunden gegen 32 Wohngebäude nebst Hintergebäuden und Scheunen am obern und niedern Markte in Asche gelegt hat. Gegen 80 Familien sind dadurch obdachlos geworden. Menschen sind nicht verunglückt. Das Feuer ist in einer Scheune ausgekommen.

Der mit Tod abgegangene Sultan Abdul Medschid, Sohn des kaiserlichen Abdülhamid II., ward am 23. April 1823 geboren und folgte seinem väterlichen Thron in der Regierung am 2. Juli 1839. Er war der 31. Herrscher vom Stamme Osman's und der 28. seit der Eroberung von Konstantinopel. Er hinterläßt 14 Kinder, wovon das Älteste, Sultan Mehemed Murad Effendi, am 21. Sept. 1840 geboren wurde. Sein ihn überlebender Bruder, Abdul Aziz Effendi, wurde geboren am 9. Febr. 1830. Als Abdul Medschid zur Regierung gelangte, hatte einige Tage vorher, 24. Juni 1839, die Schlacht bei Nikis stattgefunden, in der die türkische Armee von Ibrahim Pascha, dem Sohne des Vizekönigs von Aegypten, Mehemed Ali, aufs Haupt geschlagen und zerstreut wurde. Ohne das Einschreiten der christlichen Mächte schien das Haus Osman verloren zu sein. Doch der Vertrag vom 15. Juli 1840, der ohne Frankreich abgeschlossen wurde, nöthigte Mehemed Ali, sich zu unterwerfen, und Aegyptens Stellung als Lehnsstaat zur Pforte wurde durch den Vertrag der Mächte am 13. Juli 1841, dem auch Frankreich nachträglich beitrug, geordnet. Abdul Medschid's Neglerung wurde ausgefüllt durch die verschiedenartigen Bestrebungen, große Reformen im Reich vorzunehmen. Am 3. Nov. 1839 erließen der berühmte Hattis-Scherif von Gülhane. Die Ereignisse des orientalischen Krieges bis zum Pariser Frieden vom 30. März 1856, sowie die spätern Verwicklungen im Innern des Landes werden unseren Lesern noch frisch im Gedächtnisse sein. Nach der bisher bestehenden Thronfolge, welcher gemäß der älteste Prinz des Hauses Osman succediren soll, muß der Bruder Abdul Medschid's, Abdul Aziz, auf den Thron gelangen.

Karlsruhe, 28. Juni. Bei der heutigen Gemeindevahlen sind folgende Nummern mit je 1000 fl. Gewinn gezogen worden: Nr. 3924, 107,766, 111,913, 128,679, 198,764, 204,487, 274,277, 304,773, 306,311, 395,330.

Für die Brandversicherung in Grünfeld, Amts Gerlachheim (Karlsruher Zeitung Nr. 109), sind laut unserer Ankündigung in Nr. 149 bei uns eingegangen 398 fl. 30 kr. Seitdem weiter: Von B. in Sch. 1 fl. Von Fr. S. zu 2 fl. Zusammen 401 fl. 30 kr. Zu weiterer Annahme von Gaben sind wir gern bereit.

Karlsruhe, den 28. Juni 1861.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Für die Brandversicherung in Starus sind laut unserer Ankündigung in Nr. 146 bei uns eingegangen 109 fl. 54 kr. Seitdem weiter: Von Fr. S. zu 2 fl. Zusammen 111 fl. 54 kr.

Karlsruhe, den 28. Juni 1861.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Gern. Kroenlein.

